

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einbgl. Trägerkarte monatlich. Familienanzahl 1,00 RM. Postbezugs monatlich 2,00 RM. einbgl. 4,50 RM. Postgebühren (hierzu 30 Pf. Zustellungsgeb.) Kreuzband: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., Stellenangebote und private Familienanzeigen 6 Pf., die 70 mm breite mm-Zeile im Tagblatt 1,20 RM. Nachschub nach Maßstab 1 oder Plangestalt 6. Briefgebühr für Platanzeigen 30 Pf., auschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 6 gültig.

Verlags- und Druckereibetriebe: Dresden-A. 1, Postfach 10000. Fernverkehr 27981-27983. Telegr.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriapl. 4a; Fernruf: Kurzf. 9361-9366. Postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Aufgebungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Leseger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Nr. 144 Mittwoch, 23. Juni 1937 45. Jahrgang

Garantie-Abkommen hat versagt

England und Frankreich gegen die deutschen Südnahforderungen - Gordon-Bennett-Rennen von tschechischen Fliegern gestört

Italien verurteilt Englands Haltung

Telegramm unfres Korrespondenten
Rom, 23. Juni
Die Ablehnung der deutschen Vorschläge in London hat in den politischen Kreisen Rom das größte Aufsehen hervorgerufen. Man ist hier der Ansicht, daß das neue Abkommen bereits im ersten Falle, in dem es hätte angewandt werden sollen, versagt und somit praktisch jeden Wert verloren hat, wenn es auch offiziell noch nicht aufgekündigt worden ist. Die italienische Presse verurteilt das Verhalten Englands und Frankreichs auf das Schärfste.
Man betont in Rom, daß Italien die deutschen Forderungen, die auf eine gemeinsame Demonstration der vier Kontrollmächte vor Valencia abgelehnt hätte, voll und ganz unterstützt hat, und man erklärt, daß die anglo-französische Ablehnung dieses durchsichtigen Vorschlags eine sehr ernste Lage geschaffen hat. Die römischen Beobachter erklären, die europäische Öffentlichkeit müsse endlich

Die neue Volksfrontregierung

Rabineit Chautemps gebildet - Die alten Minister kehren wieder
Telegramm unfres Korrespondenten
Paris, 23. Juni
Ruz vor Mitternachts konnte gestern das Kabinett Chautemps aus der Tasche gehoben werden. Es ist herkömmlich ein Zwillingsschub der zurückgetretenen Kabinets Blum geworden. Bis auf vier Minister des Kabinetts Blum (unter ihnen Handelsminister Daladier und Wirtschaftminister Spinasse) finden sich alle Minister der alten Regierung in der neuen wieder, wobei Leon Blum Vizepräsident des Ministerrats und der ehemalige Finanzminister Vincent Auriol Justizminister geworden ist, während Delbos im Außenministerium, Daladier im Kriegs-, Cot im Justiz- und Dornog im Innenministerium verbleiben sind. Das Finanzministerium wurde dem Radikalen Bonnet, dem derzeitigen Vizepräsidenten in Washington übertragen.
Die neue Regierung umfaßt genau wie die frühere 11 Minister und 14 Unterstaatssekretäre; das partei-politische Gleichgewicht hat sich aber nun zugunsten der radikalen Partei verschoben, der ein Minister angehört. Die marxistische Partei ist durch neun Minister vertreten. Ein Minister gehört der Sozialistischen Union, der Gruppe zwischen Radikalen und Sozialisten an.
Die letzte Schwierigkeit hatte der Widerstand einiger Kreise der marxistischen Partei gegen eine Beteiligung an der neuen Regierung gebildet, die aber bei der Abstimmung des sozialistischen Parteivorstandes mit 1900 gegen 800 Stimmen in der Minorität blieben; jedoch verlangte der Parteivorstand, daß kein Parlamentarier in die Regierung eintreten dürfe, der am Sturz Blums mitgewirkt habe. Entgegen gewissen Anregungen hat Chautemps darauf verzichtet, einen Kommunisten als Unterstaatssekretär in die Regierung aufzunehmen, da ihm die marxistische Partei verboten hätte, als Gegengewicht dafür auch einen Unterstaatssekretär aus den Reihen der bürgerlichen Mitte zu nehmen. Die Stellung seiner Regierung ist Chautemps sehr dahin gekennzeichnet, daß sie eine Regierung der republikanischen Verfassung ist. Im übrigen erklärte Chautemps, daß er an dem Programm der Volksfront festhalte.

Kein Uebereinkommen in London

Telegramm unfres Korrespondenten
A. London, 23. Juni
Die Verhandlungen der Vorkontrollkonferenz über die Südnahforderungen für die bolschewistischen Ansprüche auf den deutschen Kreuzer „Leipzig“ sind endgültig gescheitert. Nachdem gestern nachmittag noch einmal die Vorkontrollkonferenz, Italien und Frankreich bei Außenminister Eden zu einer Konferenz zusammengetreten waren, wurde nach Abschluß dieser Besprechung amtlich bekanntgegeben, daß „es sich bedauerlicherweise als unmöglich herausgestellt habe, ein Uebereinkommen über die Maßnahmen zu erreichen, die in diesem Falle ergriffen werden sollten“. „Der Vorschlag“, fährt die amtliche Bekanntmachung fort, „über den ein Uebereinkommen nicht erzielt werden konnte, war, daß eine sofortige Flottendemonstration durch Zeigen der Flaggen der vier Mächte vor der Küste von Valencia stattfinden sollte“, und sie tritt ferner mit, daß die eine Seite zunächst eine Unterbindung über die Umstände der Zwischenfälle vor allen Maßnahmen für notwendig gehalten habe, während die andere Seite die Tatsachen als festgestellt ansah und der Aufrechterhaltung der Solidarität der Mächte und der Verhinderung der Wiederholung solcher Zwischenfälle willen sofortige aktive Schritte forderte, während Vorschläge zur Vermeidung der Gefahr für die Kontrollschiffe gemeinsam geprüft werden sollten.
Das Scheitern der Viermächtebesprechungen ist also durchaus der Ablehnung einer gemeinsamen Flottendemonstration der vier Kontrollmächte vor Valencia durch England und Frankreich zuzuschreiben. Obwohl bis heute die spanische Bolschewisten noch keinerlei Antwort auf die Aufforderung der Kontrollmächte gegeben haben, Garantien für die Sicherheit der Kontrollschiffe zu schaffen, haben London und Paris sich nicht zu der Befundung der Solidarität entschließen können, die in der Flottendemonstration ihren Ausdruck gefunden hätte. In es lautet sogar der Gedanke an, wie verlaunet, „der Symmetrie halber“ eine Warnung auch an



Der neue Ministerpräsident

von Colaux ist, der den schärfsten Angriff gegen Blum geführt hat. Chautemps ist ein alter Parlamentarier, seit 1910 vertrieben die Wahlen der Kammer und später des Senats seinen Namen und zweimal, 1900 und 1903 hat er schon eine Regierung gebildet, von denen allerdings die erste alsbald von der Kammer gestürzt wurde, und die zweite nur wenige Monate dauerte. Bei all den Debatten der letzten Monate über einen eventuellen Nachfolger Blums wurde der Name von Chautemps, der im Kabinett Blum Staatsminister ohne Portfeuille war, stets zuerst genannt, so daß die Bildung der neuen Regierung auch in dieser Hinsicht keine Ueberraschung bedeutet.

Totio wünscht Verhandlungen mit England

X Tokio, 23. Juni
Das Außenministerium gab bekannt, daß der japanische Vizekonsul in London, Totio, von Außenminister Hirota beauftragt worden ist, offiziell mit dem britischen Außenminister Eden über die Möglichkeit der Aufnahme formeller Verhandlungen zur Klärung der englisch-japanischen Beziehungen zu verhandeln. Totio, auf japanischer Initiative aufgenommen, ist offizielle Besprechungen Totios mit verschiedenen Beamten des britischen Außenministeriums waren gütlich und freundlich gewesen, um diesen zweiten Schritt als Vorstufe offizieller Verhandlungen zu beschleunigen. Der Sprecher des japanischen Außenministeriums gab an, zu verstehen, daß bei den bisherigen Verhandlungen Fragen des Handelsverkehrs der Handelsinteressen zwischen Japan und den britischen Dominions und Kolonien berührt worden seien.

Solidarität - auf dem Papier

Ein Stück Papier - das ist die Lehre, die die Londoner Viermächtebesprechungen gelehrt haben über das Garantieabkommen der an der Seefronte beteiligten Staaten. Es konnte in den Tagen, in denen dieses Abkommen geschlossen wurde, eine Zeitlang den Anschein haben, als ob der russische Ueberfall auf die „Deutschland“ auch im Westen manchen verantwortlichen Kreisen die Augen geöffnet habe über die verwerfliche Politik der spanischen Bolschewisten und der Leiter dieser Politik in Moskau, die das Fehlen der im Dienste des europäischen Friedens eingesetzten Matrosen in den spanischen Gewässern bedroht. Es ist denn auch in der Tat die Vereinbarung vom 12. Juni zwischen den vier Mächten in London als ein Akt europäischer Solidarität begrüßt worden, und man hat sich zu ihr beglückwünscht. Allerdings hat die etwas selbstgefällige Aufschneiderei, die in solchen Kommentaren zu der Londoner Einigung vom 12. Juni zum Ausdruck kam, durchaus übersehen, daß sie zunächst nur eine Befundung des Solidaritätswillens Deutschlands und Italiens darstellte, der beiden von den roten Ueberfällen betroffenen Mächte. Für England und Frankreich blieb die Unterschrift unter das Dokument zunächst ein Versprechen für die Zukunft - und dieses Versprechen ist beim ersten Fall schon, in dem das Abkommen zur Tat werden sollte, nicht gehalten worden.

Durchaus den Vereinbarungen gemäß hat Deutschland die heimlichlichen reitspanischen Kriegsschiffe auf die „Leipzig“ der Konferenz der vier Mächte unterbreitet; aber es hat sich ergeben, daß England und Frankreich nicht die Haltung anbringen konnten, die dem Geiste des Abkommens entsprochen hätte. Die Vertreter dieser beiden Mächte haben hinter dem Rücken noch einer „Untersuchung“ ihre Wünsche vorgetragen. Diese Wünsche sind, was soll „Untersuchung“ heißen, wo alle Beweise schon klar vor Augen liegen? Wo ja sogar die spanischen Bolschewisten schon aller Welt durch ihren Rundfunk vor kurzem mitteilten, daß sie eine neue U-Boot-Flottille ausgebaut hätten zu Angriffen auf deutsche und italienische Schiffe? Kann es einen klareren Beweis noch geben für alle, die des ersten Willens sind, die Dinge zu sehen, wie sie sind?
Solche, die diesen Willen nicht haben, haben in der ausländischen Presse zur Entlastung der von ihnen vielgeliebten spanischen Bolschewisten die Behauptung aufstellen wollen, daß vor und während der Zeit, in der die U-Boot-Angriffe auf die „Leipzig“ erfolgten, keine roten U-Boote in See gewesen wären. Dabei aber steht einwandfrei fest, daß am 18. Juni zwei rote U-Boote an einer Stelle einen nationalspanischen Dampfer beschossen haben, die einen halben Tagesmarsch von der Stelle der am 15. und 18. Juni erfolgten Angriffe auf den deutschen Kreuzer entfernt ist. Das eine Beispiel allein schon zeigt die ganze Unloyalität der Ugen von bolschewistischer Seite; aber dennoch haben England und Frankreich sich nicht zu der von Deutschland geforderten gemeinsamen Flottendemonstration vor Valencia verheben können, wie auch der weitere deutsche Vorschlag, eine Maßnahme zu ergreifen, die zur Internierung der roten U-Boote führen sollte, von England abgelehnt worden ist.
Diese Flottendemonstration hätte der Beweis werden müssen der tatsächlichen Solidarität der vier Mächte. Sie allein hätte den Bolschewisten in Valencia den klaren Willen der Kontrollmächte bezeugt, ihre Matrosen und Schiffe vor jedem Ueberfall zu schützen und der bolschewistischen Provokation Schutz zu bieten. Sie hätte der Welt gezeigt, daß auch England und Frankreich die Solidarität, die im 12. Abkommen vom 12. Juni zu Papier gebracht wurde, nicht nur mit den Lippen bekennen und das Abkommen nicht zu den Akten legen, wenn das Leben von Angehörigen der anderen beteiligten Mächte bedroht worden ist. Es ist eine einseitige „Solidarität“, wenn nur Deutschland seinen Beweis zur Zusammenarbeit wichtig sichtbar bekundet hat durch seine Mitarbeit in den Rüstungsmischungsarbeiten, nachdem Costa

Die Regierung Chautemps ist, wie aus der Meldung unfres Korrespondenten hervorgeht, im Grunde eine neue Regierung Blum, der nur der Name diesmal mehr auf der radikalen Seite als auf der sozialistischen Seite liegt. Auf die französische Außenpolitik wird dies keinerlei Einfluß haben, zumal ja das Außenministerium und das Verteidigungsministerium in den alten Händen verbleiben sind. In der Innenpolitik wird zweifellos die Politik der Partei mit härteren Nachdruck verfolgt werden und Chautemps infolgedessen einen besseren Stand als sein Vorgänger haben, weil er selbst dem Senat angehört, der die vorhergehende Regierung gestürzt hat, und ein Parteifreund